

— SBK. (Schubert-Konzerte.) Prof. Viktor Keldorfer, Wien, wird in den nächsten Wochen Schubertkonzerte in Bochum, Solingen und Hildesheim als Gastdirigent leiten. Die Chöre sind zum Teil aus den Vereinen der örtlichen Sängerschaft zusammengestellt.

Bischofsheim. (Unglücksfall.) Ein hiesiger Einwohner, der am Montag auf dem Soziusplatz eines Motorrades mitfuhr, erlitt einen schweren Unfall. Beim Nehmen einer Kurve scheint er sich regelwidrig verhalten zu haben, das Motorrad kippte um und der Mitfahrer erlitt durch Aufschlagen mit Kopf bedenkliche Verletzungen, u. a. Blasen der Kopfhaut. Mit dem Bezirkskrankenwagen wurde der Verunglückte ins Kamener Krankenhaus gebracht.

Dresden. (Dienst im Justizministerium.) Die Diensträume des Justizministeriums sollen in der Zeit vom 19. bis 27. November 1928 gereinigt werden. Während der Reinigungsarbeiten werden am 19. und 20. November in den Abteilungen für Personalsachen und für Wirtschaftsangelegenheiten sowie im Justizrechnungsamt und in der Justizministerialkasse, am 22. und 23. November in den Abteilungen für allgemeine Angelegenheiten und für den Strafvollzug, am 26. und 27. November in der Abteilung für Gnadenfachen nur dringliche Geschäfte erledigt. Im übrigen wird daran festgehalten, daß Montags allgemeiner Sprechtag und Freitags Sprechtag nur für Gnadenfachen ist und daß an anderen Tagen Besuche regelmäßig nicht angenommen werden.

Dresden. (Der Kampf um die kapitalistische Wirtschaftsform.) Donnerstag, den 22. November, abends 8 Uhr, wird gelegentlich einer Versammlung der Ortsgruppe Dresden des Verbandes Sächsischer Industrieller der Reichstagsabgeordnete Bergwerks-Direktor Dr. Rademacher-Borna einen Vortrag über das Thema „Der Kampf um die kapitalistische Wirtschaftsform“ halten. Die Versammlung findet im Saale der „Drei Raben“ statt.

Dresden. (Austritt aus der kommunistischen Partei.) Wie das Dresdner sozialdemokratische Organ mitteilt, hat der Dresdner kommunistische Stadtrat Lehrer Zinke in einem Schreiben an den Oberbürgermeister und persönlich in der Dienstag-Sitzung des Gesamtrates eine Erklärung abgegeben, daß er wegen der verworrenen Verhältnisse in der kommunistischen Partei Deutschlands nicht mehr Mitglied dieser Partei sein könne und deshalb seinen Austritt erkläre. Sein Stadtratsmandat behält er vorläufig weiter inne.

Dresden. (Zur sächsischen Verwaltungsreform.) Das Gesamtministerium hat in seiner letzten Sitzung 15 Fragen zur sächsischen Verwaltungsreform aufgestellt, mit denen sich die Landtagsfraktionen befassen sollen. Diese Fragen betreffen eine Verminderung der Zahl der Landtagsabgeordneten, Ersatz der Staatszeitung durch ein Verordnungs- und Nachrichtenblatt, Abstandnahme von einer Drucklegung der Verhandlungen des Landtags, zwei- bis dreijährige Statistiken, Einspruchsrecht der Regierung gegen vom Landtag beschlossene Ausgabensteigerungen des Haushaltsplans, Berringerung der Ministerien und Ministerposten, Wegfall der fünf Kreishauptmannschaften und deren Ersatz durch drei Verwaltungsgerichte und dergleichen.

Rochlitz. (Die Unterschlagungen im Arbeitsamt.) In der Bezirksstadtsitzung der Amtshauptmannschaft Rochlitz wurde über die von dem bisherigen Leiter des Arbeitsamtes, Dr. Hercher, begangenen Unregelmäßigkeiten Mitteilung gemacht; ihre Höhe wird vorläufig mit etwa 19 000 Mark beziffert.

Zwidau. (Das Urteil im Mordprozess Paris.) Im Kladober des Staatsanwalts beantragt dieser sieben Jahre Zuchthaus wegen Totschlags. Die Verteidigung hält lediglich gefährliche Körperverletzung mit tödlichem Ausgange für erwiesen. Das Urteil lautet: Drei Jahre Zuchthaus wegen gefährlicher Körperverletzung mit tödlichem Ausgange unter Anrechnung von fünf Monaten Untersuchungshaft. Auf die beantragte Aberkennung der Ehrenrechte kam das Gericht nicht zu.

Zwidau. (Verurteilung eines Räuberpaars.) Der 19 Jahre alte landwirtschaftliche Arbeiter Hauschild aus Ols, der vor einem Jahre den Gutbesitzer Zimmermann aus Oberlungwitz beraubt und schwer mißhandelt hatte, wurde zu 11 Jahren Zuchthaus verurteilt. Seine Mitschuldige, die 28jährige Wirtschaftsgehilfin Taube, erhielt wegen einfachen Raubes 1 Jahr 6 Monate Gefängnis.

Chemnitz. (Maul- und Klauenseuche.) Auf dem Chemnitzer Schlacht- und Viehhofe ist unter den Schweinen aus Schleswig-Holstein die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Greiz. (Autos abblenden!) Schon wieder hat sich auf der Landstraße Elsterberg-Greiz ein schweres Autounglück zugetragen. In der Nacht stieß eine Greizer Opel-Limousine in der Nähe von Schönbach gegen einen Baum und wurde total zerrümmert. Die Ursache war, daß ein von Greiz kommendes Auto nicht abgeblendet war, wodurch der Autolenker, ein Kaufmann Opel aus Greiz, geblendet wurde und die Richtung verlor. Alle drei Insassen erlitten Verletzungen und mußten nach Greiz gebracht werden, einer von ihnen ins Krankenhaus. Die Schuld an dem Unfall trägt das aus Greiz kommende Auto, das unerkannt entkam.

Altenburg. (Die Parteizersplitterung im Bürgertum.) Die Parteizersplitterung im Bürgertum ist bei der kommenden Stadtratswahl größer als im letzten Stadtratskollegium. Während bisher vier Parteien (zwei bürgerliche und zwei Linksparteien) im Kollegium vertreten waren, sind jetzt sieben Wahlvorschläge zur Stadtratswahl eingereicht. Die bürgerlichen Parteien erscheinen mit fünf Listen. Außer den bisher im Stadtrat vertretenen Parteien, den Vereinigten Bürgerlichen und den Demokraten, haben der Haus- und Grundbesitzerverein, der Sparerbund und die Nationalsozialisten Wahlvorschläge aufgestellt. Damit sind auch die Ausschichten, die Linksmehrheit zu brechen, geringer geworden.

präsident am Donnerstag vormittag den Reichskanzler zum Vortrag über die politische Lage empfängt. Ueber die gestrige Sitzung der demokratischen Reichstagsfraktion, die ihre Entscheidung erst am heutigen Donnerstag treffen wird, berichtet der Demokratische Zeitungsdienst, im Verlaufe der Aussprache sei u. a. betont worden, daß die politische Verantwortung für den Panzerkreuzerbau nicht die jetzige Reichsregierung, sondern die frühere Reichsregierung und die frühere Regierungskoalition zu tragen habe. Die demokratische Reichstagsfraktion habe damals gegen den Panzerkreuzer gestimmt und infolgedessen gar keine Veranlassung der damaligen Regierungsmehrheit die Verantwortung abzunehmen. Innerhalb der demokratischen Reichstagsfraktion sei man sich der Verantwortung bewußt, die die Fraktion gegenüber den künftigen großen Aufgaben zu tragen habe. Dazu brauche es eine gefestigte Koalitionsregierung, dazu sei es aber auch nötig, daß nicht von einer Partei, wie es jetzt von der Sozialdemokratie geschehen ist, Anträge gestellt würden, deren Ernsthaftigkeit aus guten Gründen bezweifelt werden könne. Nach dem „Börsekurier“ werden sich die demokratischen Mitglieder Koch und Dietrich bei der Abstimmung der Stimme enthalten. Wie die „D. A. Z.“ berichtet, rechnet man in parlamentarischen Kreisen mit der Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages. Der Optimismus werde namentlich durch die Gewißheit genährt, daß die Deutschen nationalen, was nunmehr feststehe, gegen den Antrag stimmen wollen.

Achtstundentag für Reichsbeamte und Angestellte?

Vorbereitung eines entsprechenden Gesetzesentwurfes im Reichsinnenministerium.

Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, ist im Reichsinnenministerium ein Gesetzesentwurf in Bearbeitung, der den Achtstundentag für sämtliche Reichsbeamten und Angestellten verordnen soll. Mit den in Frage kommenden Verwaltungsstellen sind bereits Vorbereitungen gepflogen worden, um die Stellungnahme der einzelnen Ressorts zu diesem Plane des Reichsinnenministers zu erkunden.

Was die Reichsbehörden dazu sagen.

Wie verlautet, haben sich die hauptsächlich in Frage kommenden Verwaltungszweige gegen die Einführung der schematischen 48-Stundenwoche ausgesprochen. Bei der Fühlungnahme mit der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft soll auf die absolute Unmöglichkeit der Durchführung dieses Projektes verwiesen worden sein. Die Reichsbahn soll erklärt haben, daß die Verwirklichung der Pläne des Reichsinnenministers eine Vermehrung der Betriebsbeamten um etwa 25 000 Köpfe und eine Vermehrung der Personalkosten um rund 80 Millionen Mark bedeuten würden, die nur durch Tarifserhöhungen wieder eingebracht werden könnten. Auch bei der Reichspost würde eine gleiche Mehrbelastung die Folge sein. Der Reichspostminister soll auf die Anfrage des Reichsinnenministers geantwortet haben, daß die Verminderung der Dienstzeit für die Beamten zwar ein wünschenswertes Ziel sei, sich aber für absehbare Zeit nicht durchführen lasse. Der Minister hat auch dargelegt, daß der Postetat schon jetzt schwierig zu bilanzieren sei und Mehrausgaben auf keinen Fall getragen werden könnten. Eine ähnliche Antwort soll auch die Zollverwaltung gegeben haben.

Der Mitgliederstand des Deutschen Sängerbundes

1 1/2 Millionen Freunde des deutschen Liedes

Das jüngst im Limpert-Verlag (Dresden) erschienene Jahrbuch des Deutschen Sängerbundes gibt in seinem Abschnitt „Bundesbestand“ ein ausführliches Bild des Mitgliederstandes der Organisation. Demnach gehörten am 1. Januar 1928 dem Deutschen Sängerbunde 15 212 Vereine an, die sich auf 41 Mitgliedsbünde verteilen. Aktive Sänger wurden insgesamt 578 204 gezählt, daneben waren 875 980 unterstützende Mitglieder gemeldet, so daß mit rund 1 1/2 Millionen Freunden des Deutschen Sängerbundes zu rechnen ist. Die Zahlen sind im wesentlichen dieselben wie im Vorjahre. Wenn die Mitgliedszahl der Bünde von 47 auf 41 zurückgegangen ist, so bedeutet das keinen Verlust, sondern einen durch unermüdete Arbeit der Leitung des Deutschen Sängerbundes erlängten Gewinn, das gesamte deutsche Gebiet in größere Kreise zusammenzufassen statt in kleinere Einzelbünde. Große Erfolge dieser Bestrebungen waren u. a. im Kreis Nordmark und Schlesien zu verzeichnen. Die Zahl der Vereine ist gegen das Jahr 1924 um fast 6000 gestiegen! — Die Aussichten für die Zukunft sind als äußerst günstig zu bezeichnen, zumal der Deutsche Sängerbund seine Organisation auf Frauenschaft ausdehnt und die Frage der gemischten Chöre auf dem nächsten Sängertag in Nürnberg (Juli 1929) zweifellos im bejahenden Sinne erledigt werden wird.

Wie die Inflation starb.

Herrschaften, wie war's vor fünf Jahren? Da waren wir noch mittelmäßig in der Inflation — aber richtig! — und doch erlangt ihr schon das Grabgeläute! Dem Volke ward die Rettung aus unhaltbaren Zuständen, das Wunder der Rentenmark geschah; man kann den 15. November als den Wendepunkt ansehen, an dem die Inflation offiziell aufhörte sollte und auch aufhörte.

Bis dahin hatte die Notenpresse bedenkenlos gearbeitet und ins Blaue hinein gedruckt; wir waren schließlich in die Billionensummen hinein getaumelt, und wenn man sich abends an seinen Stammtisch begab, um mit den jetzt recht bedenklich abgemagerten Genossen einfüßiger froher Stunden sorgenvoll die wirtschaftliche Lage zu erörtern, da warf man schließlich beim Bezahlen mit den Billionen für die genossen Kleingeldnoten nur so um sich. Manche Stammtische haben ja schöne Namen, so wie die fabeln Regelbrüder im Erfinden solcher schmückenden Beiworte ebenfalls groß sind; die Bewunderung der Zeitgenossen erregte immer der 1910 gegründete „Stammtisch der angehenden Millionäre“ in einer kleinen norddeutschen Stadt, und man staunte ob des guten Glaubens dieser trinkfesten Zeitgenossen! Aber: man soll nicht sagen, was 'ne Harte ist — eines Tages kam es ganz anders, da waren diese Stammtischfreunde sämtlich Millionäre geworden! Wer hätte das gedacht! Nun kam der Ehrgeiz: die Stammtischstafel hatte nur noch bedingten Wert, erst Milliarden und dann Billionen verkehrte in den heiligen Hallen. Die Trillionenrechnung aber blieb dem Gastwirt erspart; der 15. November 1923 machte dem Ungetüm der Gelbaufblähung ein Ende; es wurde nunmehr dem Reich die weitere Inanspruchnahme der Notenpresse verweigert!

Wortlaut des Stahlhelm-Volksbegehrens

Magdeburg. Auf der großen Versammlung aus Anlaß des zehnten Gründungstages des Stahlhelms teilte der erste Bundesführer, Seidte, u. a. auch den Entwurf des Volksbegehrens mit, den der Stahlhelm dem Reichsausschuß für das Volksbegehren zuleiten wird. Der Wortlaut ist folgender:

1. Der Artikel 54 der Reichsverfassung, der lautet: „Der Reichskanzler und die Reichsminister bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstages. Jeder von ihnen muß zurücktreten, wenn ihm der Reichstag durch ausdrücklichen Beschluß sein Vertrauen entzieht“, wird aufgehoben.

2. Der Artikel 37 der Reichsverfassung betreffend Immunität der Abgeordneten erhält als Absatz 4 folgenden Zusatz: „Vorstehende Bestimmungen finden keine Anwendung, wenn es sich um Landesverrat oder um andere Straftaten handelt, die nach dem bestehenden Recht als Verbrechen mit Strafe bedroht sind oder bei denen die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte zulässig ist.“

Der Bundesführer betonte, daß sich der Stahlhelm auf diese beiden Punkte zunächst beschränke. Mit anderen Forderungen, vor allem derjenigen des Zweikammersystems, werde der Stahlhelm später kommen.

Pariser Besprechungen über die Reparationsfrage.

Goesch bei Briand, der englische Botschafter bei Poincaré.

Paris. Der französische Außenminister Briand hatte mit dem deutschen Botschafter in Paris, von Goesch, den er zu sich gebeten hatte, eine Unterredung, um die Fühlungnahme, die durch die Kabinettskrise unterbrochen war, wieder aufzunehmen. Dabei wurde auch der Stand der Reparationsfrage und die Frage der Einsetzung des Sachverständigenausschusses besprochen.

Poincaré verhandelte mit dem englischen Botschafter in Paris und im Anschluß daran mit dem neuen französischen Finanzminister Chéron und dem Gouverneur der Bank von Frankreich.

Memorandum der Alliierten.

Der halbamtliche „Petit Parisien“ erklärt, daß in den nächsten Tagen weitere Besprechungen folgen würden, um eine Verhandlungsbasis festzulegen, die die Aufgaben der Sachverständigen umgrenzen und dadurch erleichtern solle. Jede der interessierten Regierungen habe ihren Standpunkt in einem Memorandum niedergelegt, das den anderen alliierten Regierungen unterbreitet worden sei. Sobald die Arbeit der Gegenüberstellung der verschiedenen Auffassungen vollendet sei, d. h. in etwa vier bis fünf Tagen, werde die Reichsregierung, wie „Petit Parisien“ annimmt, über die Bedingungen unterrichtet werden, die Paris, London, Rom und Brüssel als Grundlage für die Verhandlungen über die Reparationen und die Festsetzung der deutschen Schuld wünschten.

Es tut gut, sich zu erinnern! Wir hatten außer der Inflation ein weiteres, schreckliches Ungeheuer kennengelernt, das wir sonst nur aus dem Verzeichnis der verbotenen Bücher kannten — das war der Index, der die Lebenshaltungskosten eines bestimmten Zeitraumes angab. Dieser Index wuchs genau wie die Inflation und nannte uns wahnwitzige Verhältniszahlen, mit denen wir nichts anfangen konnten. Eher galt dies schon von den damaligen Lebensmittelpreisen, da sah man doch wie und wo. Das verstanden wir alle und bemühten uns, die nötige Kasse heranzuschaffen! Man hat's jetzt schon fast vergessen, da wir uns stabiler Währung erfreuen, aber — die Erinnerung schafft in diesem Falle wirklich reine Freude. Also: Mitte November 1923: ein Ei 250 Milliarden Mark, der berühmte Kunstbrot — fast der Wärmelade gleichwertig — 350 Milliarden Mark, Butter — fast unerschwinglich! — dreihundertzwanzig Milliarden Mark, Margarine 650 und 550 Milliarden, Eistüte Käse 700 bis 1200, sogar ein Kräutertüte 45 Milliarden. Und so fort! Ein Eisbein 1400 bis 1600 Milliarden, ein Fund Sammelbraten 2000, Kalbsbraten 2400, Rinderbraten 2250 Milliarden Mark.

Die Erinnerung macht bei diesen amtlich notierten Zahlen schaudern! Freuen wir uns des fünfjährigen Jubiläums unserer Reichsmark, die im November 1924 die Rentenmark ablöste, freuen wir uns der wohlbesetzten Lebensmittelläden und der auf der Straße wieder einherwandernden Gestalten, von denen Shakespeare sagen würde: „Laßt die Leute um mich sein!“

Aus aller Welt.

Ueber 120 Tote der „Bestris“.

Mehr Mannschaften als Passagiere gerettet. New York. Erst ganz allmählich dringen Meldungen durch, aus denen die ganze Schwere der Katastrophe des Dampfers „Bestris“ hervorgeht. Die letzten Berichte über die Rettung der Schiffbrüchigen lassen keinen Zweifel mehr daran, daß die Zahl der ums Leben gekommenen Personen 122 bis 126 beträgt. Die übrigen 206 Personen, die, wie jetzt verlautet, an Bord gewesen sind, konnten teils durch den amerikanischen Dampfer „American Shipper“, teils durch das französische Tankschiff „Miryam“, teils durch den deutschen Passagierdampfer „Berlin“ und teils durch das amerikanische Schlagschiff „Wyoming“ in Sicherheit gebracht werden. Man befürchtet, daß nur 54 Passagiere gerettet sind.

Die Berichte besagen übereinstimmend:

Wenn auch die tiefste Ursache des Untergangs der „Bestris“ noch nicht einwandfrei feststeht, so geht doch nach den übereinstimmenden Schilderungen der Überlebenden hervor, daß die „Bestris“ im Laufe des Sonntags in einen fürchterlichen Sturm hineingekommen ist, der dem Schiff außerordentlich schwer mißfiel. Sturm und Regen peitschten die Wellen meterhoch auf. Dadurch entstand ein außerordentlich starkes Rollen und Schwanken des Schiffes. Die Betten wurden umhergeworfen, der Esalon geriet vollständig in Unordnung. Von jenem Augenblick an befand sich die „Bestris“ nicht wieder in gerader Linie. Die

